



## **Niederschrift**

18. Sitzung Hauptausschuss  
**13. April 2021**, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

### **Punkt 2 der Tagesordnung: Angemessene Gebühren für Bewohnerparkausweise**

**Antrag: GRÜNE**

**Vorlage: 2021/0247**

**dazu:**

**Sozial-Ökologische Gestaltung der Gebühren für Anwohnerparkscheine**

**Ergänzungsantrag: DIE LINKE.**

**Vorlage: 2021/0386**

### **Beschluss:**

Kenntnisnahme im Rahmen der Vorberatung

### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf. Es handle sich um eine Vorberatung für den Gemeinderat. Er weist darauf hin, dass der letzte Satz der Stellungnahme zum Antrag GRÜNE nicht korrekt sei. Es gebe keine Verpflichtung, man sage jedoch zu, eine Konzeption zu erarbeiten und es umzusetzen.

**Stadtrat Honné (GRÜNE)** erklärt, deshalb habe man den Antrag gestellt. Wenn jetzt geklärt sei, dass es nicht verpflichtend ist, gehe die Antwort der Verwaltung in Ordnung. Entscheidende Frage sei, wann man es einführen wolle. Der Verweis auf das Konzept sei grundsätzlich richtig, allerdings werde man schon seit mehreren Jahren auf dieses Konzept verwiesen. Seiner Fraktion sei wichtig, dass diese neue Gebühr zum nächsten Jahr gelte. Sei dies sichergestellt?

**Stadtrat Pfannkuch (CDU)** stellt fest, dass die Mehrheit auf der linken Seite des Hauses nicht abwarten könne, von der Verordnung Gebrauch zu machen. Es gebe keinen Zwang der Umsetzung. Man könne darüber nachdenken, was sinnvoll sei. Die Verwaltungsantwort lasse die Gegenseite hoffen, dass man es trotzdem mache. Er warne davor. Eigentlich sei es ein Baustein, der zum Verkehrsmobilitätskonzept gehöre. Offenbar könne man nicht abwarten, bis man dieses vorgelegt bekomme.

Er kritisiert die Verwaltung, die nicht mit den richtigen Worten darauf antworte. Es müsse ein Konzept sein, welches dann auch diesen Aspekt beinhalte. Jedoch dürfe es kein Verhinderungseffekt für bestimmte Mobilitätsarten sein. Er verstehe, dass man den Wert eines Stellplatzes einstuft. Aber es kämen subjektive Momente in die Diskussion, die er dem Gemeinderat ersparen wolle.

**Stadtrat Marvi (SPD)** meint, das Thema sei wichtig. Als SPD-Fraktion habe man sich mit dem Antrag „Neue Zonen für Bewohnerparken“ in das Thema eingebracht. Jetzt sei allerdings nicht der richtige Zeitpunkt, da es keine rechtlichen Grundlagen gebe. Als Fraktion sei man nicht festgelegt auf das Thema. Eine Diskussion könne erfolgen, wenn man die Rechtsgrundlage habe.

**Stadtrat Schnell (AfD)** folgt dem Apell seines Vorredners. Seine Fraktion werde es ablehnen.

**Stadtrat Hock (FDP)** kann sich ebenfalls den Aussagen von Stadtrat Marvi anschließen. Im Moment sei es nicht der richtige Zeitpunkt. Man müsse die rechtlichen Gegebenheiten abwarten.

Deutlich müsse er sagen, dass momentan alles in Frage gestellt werde, was mit dem Pkw zu tun habe. Man müsse sich die Frage stellen, ob es noch Sinn mache in dieser Stadt, ob man sich nur in diesem Bereich aufhalte und sich gegenseitig bekriege. Das Konzept für die Innenstadt müsse man abwarten und dann zusammen im Einklang versuchen, das Beste für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger herauszuholen. Man dürfe nicht außer Acht lassen, dass Besucher von außen nicht nur mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV, sondern auch mit dem Pkw in die Stadt kommen.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.)** kann sich Herrn Honné anschließen. Er vermisse eine Zeitachse bezüglich des Konzeptes. Es sei wichtig, auf eine entsprechende Verordnung zu warten. In der Antwort der Verwaltung seien verschiedene Modelle dargestellt, wie ein Wert des Parkraums beziffert werden könne. Im Rahmen dessen werde es eine sehr intensive Diskussion geben.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR)** bittet darum, kein Bürokratiemonster zu schaffen. Es müsse eine angemessene Form gefunden werden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass man seit Jahren bestehende Anwohnerzonen modifiziert habe. Beispielsweise sei in der Haid-und-Neu-Straße und der Radroute 15 das Anwohnerparken neu strukturiert worden. Trotzdem habe man seit Jahren das Problem, dass beispielsweise ein Stellplatz in einer Quartiersgarage nicht attraktiv sei, solange das Anwohnerparken so günstig sei, dass man im Grunde darin keine echte Alternative sehe.

Er wolle die zwei Themen zusammenbringen, durchaus aber auch bereit sein, es punktuell zu trennen. Wenn man eine neue Gebührenordnung herstellen könne, weil das Land die Möglichkeit gebe, müsse man schon jetzt bei den bestehenden Anwohnerparkzonen, an denen man nichts ändern wolle, darüber nachdenken, wie man diese Gebühren umsetze. Anderswo müsse man neue Konzepte erstellen, um Anwohnerparken verstärkt auszubauen. Diese Konzepte wolle er abwarten, bevor man mit Gebühren komme. Sobald der Erlass des Landes da sei, könne man sich darüber verständigen, wie man damit umgehe. Gleichzeitig müsse man in bestimmten Bereichen in der Stadt das Anwohnerparken überhaupt erst einführen oder neu konzipieren.

**Stadtrat Honné (GRÜNE)** hält es für wichtig, dass es nicht auf die lange Bank geschoben werde. Wenn man die Chance habe, einen angemessenen Preis festzulegen, sollte man dies auch tun. Es sei bewusst kein Kriterienkonzept vorgegeben, weil man es nicht kompliziert machen wolle. Man sei an einer einfachen Regelung interessiert. Seine Fraktion sei mit der Antwort zufrieden. Es müsse nicht mehr im Gemeinderat beraten werden.

**Bürgermeister Fluhrer** führt aus, man habe die Fächer GmbH gebeten, das Thema Markierungen ganzheitlich aufzustellen und diese ganzen Fragen zu verknüpfen. Man werde es intern debattieren. Im zweiten Halbjahr dieses Jahres wolle man darüber mit dem Gemeinderat diskutieren. Dann werde man die einzelnen Themenfelder ausarbeiten.

**Der Vorsitzende** ergänzt, damit habe man einmal für das Parkierungskonzept insgesamt und einmal für das Thema Anwohnerparken eine gute Zeitachse.

Können die beiden Anträge von GRÜNE und DIE LINKE. damit für erledigt betrachtet werden?

*(Anm.: Die beiden Antragsteller bestätigen dies.)*

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-  
15. April 2021